

Ausland

Milliardenkosten durch psychische Erkrankungen

Donnerstag, 22. November 2018

*/Andrzej Wilusz, stock.adobe.com*

Paris – Die ökonomischen Kosten psychischer Erkrankungen belaufen sich für alle 28 Staaten der Europäischen Union (EU) derzeit auf rund 600 Milliarden Euro pro Jahr. Das zeigt ein gemeinsamer Bericht der „Organisation for Economic Cooperation and Development“, (OECD) und der Europäischen Kommission.

Ein großer Teil dieser Kosten ist auf niedrigere Beschäftigungsquoten und eine geringere Produktivität von Menschen mit Problemen der psychischen Gesundheit zurückzuführen (1,6 Prozent des EU-BIP oder 260 Milliarden Euro), auf höhere Ausgaben für Sozialversicherungsprogramme (1,2 Prozent des EU-BIP oder 170 Milliarden Euro). Der Rest sind direkte Ausgaben für die Gesundheitsversorgung (1,3 Prozent des EU-BIP oder 190 Milliarden Euro). Deutschland muss laut dem Bericht rund 4,8 Prozent seines Bruttoinlandproduktes (BIP) dafür aufwenden.

Wie der Report weiter zeigt, leiden Deutsche im Vergleich etwas häufiger an psychischen Erkrankungen als andere Europäer. Mit einem Anteil von 18 Prozent Betroffenen lag Deutschland im Jahr 2016 über dem EU-Durchschnitt von 17,3 Prozent. Den größten Anteil davon machten Angststörungen aus, dicht gefolgt von Depressionen sowie Alkohol- und Drogenkonsumstörungen.

Insgesamt litten EU-weit fast 84 Millionen Menschen an psychischen Erkrankungen. Am häufigsten kommen diese der Untersuchung zufolge in Finnland und den Niederlanden vor, am seltensten in Rumänien, Bulgarien und Polen. Die Verfasser weisen jedoch darauf hin, dass international sehr unterschiedlich mit psychischen Problemen umgegangen werde. Dort, wo solche Krankheiten eher als Tabuthema gelten, könne die Dunkelziffer höher sein.

„Die schweren Belastungen durch psychische Erkrankungen für den Einzelnen und die Gesellschaft sind nicht unvermeidlich“, sagte OECD-Generalsekretär Angel Gurría. Es könne „viel mehr getan werden, um die psychische Gesundheit zu fördern und besser zu verwalten“.

Laut dem für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zuständigen EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis sind vor allem besser koordinierte Maßnahmen zur Förderung einer besseren psychischen Gesundheit in Schulen und am Arbeitsplatz nötig, aber auch bei schwächeren Gruppen wie Arbeitslosen und älteren Menschen. © *hil/dpa/aerzteblatt.de*

Alle Rechte vorbehalten. www.aerzteblatt.de